

**Antrag 32/I/2020****AfA Berlin****Der Landesparteitag möge beschließen:****Transformation als Frage der Gerechtigkeit**

1 Industriepolitik ist ein Schwerpunkt der Berliner SPD. Die  
2 Transformation dieser aktiv gestaltend zu begleiten ist ein  
3 wichtiges Anliegen der AfA, wozu sowohl eine generel-  
4 le Positionierung als auch konkrete wirtschaftsdemokra-  
5 tische Maßnahmen hilfreich sind. Denn bei der Gestal-  
6 tung einer sozial-ökologischen Transformation der Gesell-  
7 schaft muss die Sozialdemokratie eine Schlüsselrolle ein-  
8 nehmen. Nur ihr kann es in aller Konsequenz Gelingen, un-  
9 terschiedliche Interessen zu vereinbaren – unter anderem  
10 deshalb, da sie allen Unkenrufen zum Trotz DIE Partei der  
11 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist. Dies verstehen  
12 wir als Auftrag, uns intensiv mit einer sozial-ökologischen  
13 Transformation zu beschäftigen.

14  
15 Wichtig aus sozialdemokratischer Perspektive ist es dabei,  
16 sich zu vergegenwärtigen, dass die Klimadebatte (auch)  
17 Ergebnis ungleicher Machtverhältnisse ist.

18  
19 Zwar wird bei der Lösung ökologischer Probleme häufig  
20 ein „gemeinsames Interesse“ aller Bürgerinnen und Bür-  
21 ger unterstellt – dies klammert jedoch aus, dass bestehen-  
22 de Herrschafts- und Besitz- und Vermögensverhältnisse  
23 zum Teil völlig unterschiedliche Interessenlagen entwi-  
24 ckelt haben können. Auch hierbei wird zuweilen versucht  
25 (sowohl von Klimaschützern als auch von Klimaleugnern),  
26 „das Vernünftige“ und „das Richtige“ dem „Unvernünftigen“  
27 und „Falschen“ gegenüberzustellen – und die Beant-  
28 wortung elementarer Transformationsfragen so zu entpo-  
29 litisieren. Wir müssen und wollen uns jedoch immer die  
30 Frage stellen – was nützt wem? Das ist für uns eine Frage  
31 der Gerechtigkeit.

32  
33 Dabei geht es für uns natürlich auch um ökologische Ge-  
34 rechtigkeit. Die globalen Umweltveränderungen führen  
35 bereits aktuell zu einer deutlichen Verschärfung von Ver-  
36 teilungskonflikten. Das emissionsintensive Verhalten der  
37 einen untergräbt zunehmend die Existenzrechte anderer.  
38 Wichtige sozial-ökologische Dimensionen betreffen die  
39 gerechte Verteilung der negativen Umweltauswirkungen  
40 wie Arbeitsbedingungen, Lärm oder Verschmutzung, die  
41 Aufteilung der Kosten für Klimapolitik und die Verteilung  
42 der Erwerbsarbeitszeit. Es besteht eine notwendige aber  
43 noch unterbelichtete Verbindung von klima- und umwelt-  
44 politischen Fragen mit jenen der Verteilung von Einkom-  
45 men und Vermögen, aber auch von gesellschaftspolit-  
46 scher Macht und der ungleich verteilten Einfluss- und Ge-  
47 staltungsmöglichkeiten.

48 Es bedarf einer politischen Debatte darüber, wie ökologi-

**Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)**

49 sche Gerechtigkeit in konkrete Praxis umgesetzt werden  
50 kann. Wichtig ist für uns, die Transformation nachhaltig  
51 umzusetzen. Es bedarf jetzt einem langen Atem, die auf-  
52 geworfenen Themen weiter zu verfolgen und nachhaltig  
53 umzusetzen.

54

#### 55 **Mehr (Wirtschafts-)Demokratie in der Transformation** 56 **wagen**

57 Aktuelle Debatten über Transformation finden häufig auf  
58 einer makro- oder mikro-politischen Ebene statt. Entwe-  
59 der die große Politik, Deutschland, Europa oder gleich die  
60 ganze Welt wird in den Blick genommen, oder aber es wird  
61 sich auf die individuelle Ebene fokussiert. Was kann der  
62 Einzelne gegen den Klimawandel tun? Dabei werden Flug-  
63 verbote oder Verzicht auf Fleisch und Plastiktüten disku-  
64 tiert. Die Herausforderungen vor denen wir stehen sind  
65 jedoch nicht individuell zu lösen. Dies ist einerseits eine  
66 unangemessene Überforderung des Einzelnen und geht  
67 gleichzeitig nicht auf die unterschiedlichen Voraussetzun-  
68 gen ein, die Menschen als ökologische Alternative über-  
69 haupt zur Verfügung stehen.

70

71 Die Zwischen-Ebene der Verbände wird dabei jedoch au-  
72 ßer Acht gelassen. Wenn allerdings eine glaubhafte sozial-  
73 ökologischen Transformation gelingen soll, müssen auch  
74 Verbände wie Parteien und Gewerkschaften dabei eine  
75 wichtige Rolle einnehmen. Gerade die SPD vertritt dabei  
76 ein spezifisches Interesse: dass der ArbeitnehmerInnen,  
77 dass sich nicht zuletzt aufgrund von Macht, Einfluss und  
78 Vermögen von der Gruppe der Kapitalisten unterscheidet.

79

80 Dabei brauchen wir mehr Mitbestimmungsrecht im  
81 Klima- und Umweltschutz. Betriebsräte, Vertrauensleute  
82 und Aufsichtsräte haben häufig die beste Kenntnis dar-  
83 über, wie ihr Unternehmen aufgestellt ist, und an welchen  
84 Stellen Umwelt- und Klimaschutz noch besser umzuset-  
85 zen wäre. Bereits jetzt vereinbaren Arbeitnehmervertreter-  
86 rInnen weit über ihre gesetzlich festgeschriebenen Aufga-  
87 ben hinaus Vereinbarungen zu Umwelt- und Klimaschutz  
88 – weil die Arbeiterbewegung immer schon eine Bewe-  
89 gung zum besseren Leben für alle Menschen war. Damit  
90 sie hier noch besser eingreifen können, fordern wir, die  
91 Mitbestimmungsrechte im Umweltschutz deutlich aus-  
92 zuweiten und den Klimaschutz mitaufzunehmen.

93

94 Dies gilt auch für Fragen der Wirtschaftsdemokratie. Denn  
95 wir müssen uns natürlich auch die Frage stellen, wie ge-  
96 nau die an uns gestellten Anforderungen umgesetzt wer-  
97 den sollen, unter den aktuellen Machtverhältnissen zwi-  
98 schen Wirtschaft, Politik und Demokratie. Zumal unter  
99 wie neuerdings prognostizierten niedrigeren Wachstums-  
100 raten und somit geringeren Verteilungsspielräumen. Wol-  
101 len wir die entscheidenden ökologischen Fragen – wie z.B.

102 was darf weiterwachsen, weil es zum Gemeinwohl bei-  
103 trägt, was muss rückgebaut werden, weil es ökologisch  
104 und sozial abträglich ist, und vorallem: wer zahlt für den  
105 Wandel – wirklich weiter dem ungezügelt Kapitalismus  
106 überlassen?

107

108 Wir brauchen dafür mehr Wirtschaftsdemokratie. Dafür  
109 sind aktuelle Forderungen nach der Senkung der Schwel-  
110 lenwerte für Parität im Aufsichtsrat auf 1.000 Beschäftig-  
111 te ein wichtiger Schritt. Wir müssen jedoch einen Schritt  
112 weiter gehen. Die ArbeitnehmerInnenbank braucht echte  
113 Mitentscheidungsmöglichkeit – ohne die ständige Mög-  
114 lichkeit vom Vorsitzenden der Kapitaleseite überstimmt  
115 werden zu können. Diese Gremien müssten dann auch  
116 über die zentralen Unternehmensfragen wie Finanzie-  
117 rung, Investitionen, Gewinnverwendung oder Standort-  
118 verlagerungen entscheiden. Dafür soll nach dem Vorbild  
119 der Montan-Mitbestimmung eine „neutrale Person“ in  
120 das Mitbestimmungsgesetz übernommen werden.

121

122 Studien der Hans-Böckler-Stiftung zeigen, dass gute Mit-  
123 bestimmung in Aufsichtsräten direkte, positive Auswir-  
124 kungen auf die Corporate Social Responsibility (CSR) der  
125 Unternehmen hat. Die Wissenschaftler konnten nachwei-  
126 sen: Je besser die Unternehmensmitbestimmung, desto  
127 höher also spezifische Ziele für CSR wie z.B. die Emissions-  
128 reduktion (Scholz & Vitols, 2018). Dies zeigt: Mitbestim-  
129 mung ist gut für´s Klima.